Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Georg Arnecke
jetzt 20 der
Wilsdrufferstrasse
empfiehlt
Tricot-Taillen
von Mk. [illegible] bis Mk. 35.—
wollene
Strümpfe und Socken,
Unterjacken u. -Hosen
wie bekannt in nur guten Qualitäten zu billigen Preisen.

Für die Wintersaison
empfehle mein reichhaltiges Lager von Hemden, Beinkleidern, Jacken und Röcken in **Flanell** und **Barchent** für Herren, Damen und Kinder.
G. D. Blass, Marienstrasse 5 (Portikus), part. u. I. Et.

Für Magen-, Herz-, Unterleibs-, Nerven-leiden, Säfteverderbniß, Frauenkrankheiten rc. sähige Kurse. Prospecte frei.
Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt
Dresden, Bachstraße 8.
Dr. Kles' Diätetische Kuren, selbst Erfahrungen ... Preis 1 Mk., durch jede Buchhandlung, sowie direkt.

Zur
Aufbewahrung der Correspondenz und Facturen
das einzig praktische System
der **Shannon-Registrator.**
Von über 20,000 Firmen in Deutschland eingeführt. Illustrirte Cataloge mit hunderten Zeugnissen gratis und franco. Zu haben in den ... Schreibwaaren-Handlungen.

Wer irgend etwas annonciren will, erspart alle Mühewaltung, Porto und Nebenspesen, wenn er damit beauftragt die bedeutendste und leistungsfähigste Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse, Dresden, Altmarkt 1.** Leipzig, Katharinenstrasse 12. Chemnitz, innere Johannisstrasse 21.

Nr. 302. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 29. October: Westwind mittlerer Stärke bei durchschnittlich starker Bewölkung, mit zeit- u. stellenweisen Niederschlägen. Temperatur sta[illegible] bis unter Null. Bemerkung: Charakter der Witterung im Laufe des Tages wechselnd.

Dresden, 1885. **Donnerstag, 29. Octbr.**

Für die Monate November und December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agioaufschlag) angenommen.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Heute ist in Preußen großer Wahltag. Die Landtagswahlen gehen vor sich. Doch werden in Preußen, nach dem Wahlgesetze, nicht die Abgeordneten selbst, sondern nur die Wahlmänner gewählt. Das ist in den meisten Kreisen nur eine Formalität. Die Wahlmänner sind moralisch verpflichtet, später zu Abgeordneten diejenigen Kandidaten zu wählen, welche die Partei vorher dazu bestimmt hat. Ueberraschungen sind freilich in einzelnen Kreisen nicht ausgeschlossen. Im 1. Berliner Wahlkreise ist es leicht möglich, daß die nationalliberalen Wahlmänner trotz der Abneigung eines Theiles der Urwähler schließlich doch den Oberhofprediger Dr. Stöcker wählen. Man darf jetzt schon prophezeien, daß die Konservativen ungeschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen, ja vielleicht in verstärkter Zahl in das Abgeordnetenhaus einziehen werden. In einer ganzen Reihe von Wahlkreisen haben sie mit den Nationalliberalen Wahlbündnisse abgeschlossen. Letztere hinwiederum haben fast überall die Brücken zu der Fortschrittspartei abgebrochen. In der Fortschrittspartei erblicken die Nationalliberalen nun auch, wie dies Andere schon längst gethan, die wirklichen Reichs-Schädlinge, die Vorläufer, Schubbrecher und Bügelhalter der Sozialdemokratie. Die Erkenntniß, daß sie von den Nationalliberalen jetzt keinen Zuzug mehr zu erwarten haben, bringt die Fortschrittler ganz außers Häuschen. Selbst ein so ruhiger, die Knüppelausdrücke nicht gerade liebender Mann, wie Prof. Virchow, warf in einer Rede dieser Tage den Nationalliberalen folgende Artigkeit an den Kopf: „Als Masse betrachtet, sind sie weiter nichts als eine heuchlerische Gesellschaft, die unter dem Vorgeben, die Extreme von links und rechts zu bekämpfen, für die Konservativen die Wege ebnet. Berliner Wählern die Zumuthung zu stellen, einen Konservativen zu wählen, hieße einfach verlangen, daß die Wähler sich selbst für verrückt erklären sollten." Solcher Kraftstellen enthalten sich in ihren Wahlaufrufen selbst die Sozialdemokraten und höchstens in den Reden der Kroaten und Czechen findet man Gegenstücke zu solcher Ausdrucksweise des Berliner Vertreters der Wissenschaft. Diese Grobheit ist aber wenigstens ursprünglich; perfid aber muß man es nennen, wenn in den Zeitungen der Fortschrittspartei offen auf den Tod des Kaisers Wilhelm spekulirt wird. Es war schon ein starkes Stück, als Eugen Richter in seinem Blatte zum 18. Oktober, dem Geburtstage des deutschen Kronprinzen, einen Leitartikel mit der Ueberschrift brachte: „Heil unserem Kronprinzen!" In widerlicher Kriecherei war darin dem künftigen Träger der deutschen Kaiserkrone im Gegensatze zu dem greisen Heldenkaiser Wilhelm der Hof gemacht worden — Alles unter der lächerlichen und den Kronprinzen beleidigenden Annahme, daß er, an die Regierung gekommen, die Herrschaft des Judenthums begünstigen würde. Jetzt stellt die „Parl. Korresp." der deutschfreisinnigen Partei den preußischen Beamten, vom Geheimrathe bis zu den Subalternbeamten vor, was sie für Einfaltspinsel seien, wenn sie meinten, Stöcker sei in Preußen oder im Reiche ein so mächtiger Mann, daß sie — die Beamten — nicht gegen ihn abstimmen dürften. Diese Beamten schienen gar nicht auf den Gedanken zu kommen, „daß einmal plötzlich über Nacht diese ganze konservative Herrlichkeit zusammenstürzen und ein liberales Regiment in Preußen eintreten könne." Dreister hat man wohl noch nicht auf einen Regierungswechsel spekulirt. Was wollen da die Loyalitätsbetheuerungen fortschrittlicher Blätter bedeuten? Den Herren wird, wenn nach dem Rathschlusse der Vorsehung einmal die ehrwürdige Gestalt des greisen Kaisers Wilhelm das ruhmvolle Erdenwallen beendet haben wird, eine gehörige Ueberraschung kommen.

Ein wirklicher Kulturkampf ist am vorigen Sonntag in der Schweiz ausgefochten worden. Es war eine große Schlacht für und wider den Alkoholteufel und man kann dem Schweizervolke nur von Herzen glückwünschen zu dem ehrenvollen Siege, den es über die Branntweinpest erfochten hat. 15 Kantone gegen 7, oder 211,651 Stimmen gegen 135,951 haben am vorigen Sonntag dem Bundesrathe das Recht zuerkannt, auf die Fabrikation und die Einfuhr des Branntweins eine Steuer zu legen und das Ausschanken und den Kleinhandel mit Branntwein den durch das öffentliche Wohl gebotenen Beschränkungen zu unterwerfen. Der Kern der ganzen Maßregel (deren Einzelheiten hier füglich außer Betracht bleiben können) ist die Einführung einer Branntweinsteuer. Die Schweiz wurde zu ihrem Vorgehen durch außerordentliche Weh- und Nothstände getrieben. Die Branntweinpest zeigte in den verschiedenen Kantonen ihre verderblichen Wirkungen. 20 Proz. der Geisteskranken, 30 Proz. der Verarmten, 40 Proz. der gewöhnlichen Verbrecher und 90 Proz. der zu Zwangsarbeiten Verurtheilten sind gewohnheitsmäßige Schnapstrinker. Alkoholkrankheiten, Todesfälle aus Alkoholvergiftung, Selbstmorde in Folge von Alkoholgenuß wurden in erschreckend steigender Zahl ermittelt. Die übliche Annahme, daß die Vermehrung der Wirthschaften die Schuld an diesen traurigen Zuständen trage, wurde widerlegt durch 2 Karten, welche der Schweizer Bundesrath seinem Gesetzentwurfe beigefügt hatte. Die eine Karte zeigte die Verbreitung der Wirthschaften in den einzelnen Kantonen (Genf, Schwyz, Zug, Graubünden, Neuenburg, Appenzell u. a. hatten die meisten, Bern, Freiburg, Luzern u. a. die wenigsten Schankstätten), die andere Karte zeigte die größte Sterblichkeit in den Kantonen mit den wenigsten Wirthschaften. Der Zahl der Kneipen entspricht somit keineswegs die Zahl der Opfer der Branntweinpest. Die Ursache ihrer Verwüstungen liegt in der Schweiz wo anders, vor Allem in dem sog. Ohmgeld auf geistige Getränke, das die Kantone gegen einander erheben. Bei diesen kantonalen Grenzzöllen war der Branntwein besonders begünstigt; Most, Wein und Bier unterliegen einer weit höheren Besteuerung. Obwohl der Schnaps zum weitaus größten Theile eingeführt wird, liefert er dennoch nur den 5. Theil der gesammten kantonalen Ohmgelder. Bei dieser Begünstigung des Schnapses steigerte sich z. B. in Bern der Schnapsverbrauch so erschreckend, daß neben einer Zahl von hauptsächlich dem Export dienenden Großbrennereien noch 5—10,000 kleine Branntweinfabriken entstanden sind, die zum Theil das reinste Gift erzeugten. Der billigere und gesündere Landwein und Obstwein konnte nicht aufkommen, wo sich einzelne Kantone geradezu in Schnapskantone verwandelten. Der Gesetzentwurf des Bundesrathes mußte also darauf abzielen, den besonders von der Branntweinpest heimgesuchten Kantonen die billigeren und gesünderen Getränke zugänglich zu machen. Der Bundesrath hob zu dem Ende das Ohmgeld auf; da aber viele Kantone auf die unentbehrliche Einnahme aus dem Ohmgelde angewiesen sind, so führte er eine Branntweinsteuer ein, deren Ertrag den Einzelkantonen mit der einzigen Einschränkung zufließen soll, daß sie einen Theil zur Bekämpfung des Alkoholismus verwenden müssen. Die neue Steuer macht zugleich den Schnaps theurer als alle anderen Getränke und wird die vielen kleinen Giftbrennereien unterdrücken. Trotz aller leidenschaftlichen Opposition — die Schnapsbrenner und Gastwirthe wehrten sich im Verein mit den Sozialdemokraten gegen die Branntweinsteuer unter dem fadenscheinigen Vorwande: man vertheure dem kleinen Mann sein Gläschen Schnaps und lasse das Getränk der Reichen steuerfrei — hat das Schweizervolk doch mit rühmlicher Mehrheit den bundesräthlichen Gesetzentwurf angenommen und damit eine wahre Kulturarbeit verrichtet. Wird der Schweizer Vorgang in Berlin Nachfolge finden?

Am Donnerstag soll nun wirklich die Balkankonferenz in Konstantinopel zusammentreten. England betheiligt sich an ihr nur mit gewissen Vorbehalten. Der hauptsächlichste bezieht sich auf den Fürsten Alexander von Bulgarien, dessen Absetzung Rußland nachdrücklich betreibt. Hierfür ist besonders die Zarin thätig. Sie möchte gern ihren Bruder, den Prinzen Waldemar von Dänemark auf den erledigten Bulgarenthron setzen. Wäre dies erreicht, dann könnte ja die Vereinigung beider Bulgarien vor sich gehen, der sich jetzt Rußland unter auffälliger Betonung seiner Vertragstreue widersetzt. Aber Fürst Alexander hat auch eine gute Freundin unter den Monarchen; ihn beschirmt die Königin von England, da er der Bruder ihres Schwiegersohnes ist. Um den Bulgarenthron ist also eine Art Damenkrieg entbrannt. Deutschland würde den Prinzen Waldemar nicht gern als Ersatzmann Alexanders in Sofia einziehen sehen: einmal, um nicht Bulgarien zu einer rein russischen Satrapie zu machen, sodann weil es ein dänischer Prinz und ein Schwager des Herzogs von Cumberland ist und endlich weil er soeben die Prinzessin Marie von Orleans geheirathet hat. Die Orleans aber sind ebenso wie die dänische Königsfamilie verbissene Feinde Deutschlands.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 28. October.

Berlin. Außer dem König und dem Prinzen Georg von Sachsen trifft morgen Abend der Herzog von Anhalt zur Theilnahme an den Hofjagden in der Schorfhaide hier ein. — Der Reichstag ist durch kaiserliche Verordnung auf den 19. November einberufen. — Das „Berl. Tagebl." läßt sich aus Chemnitz melden, der Oberstaatsanwalt Schwabe, welcher die Anklage im Sozialistenprozeß vertrat, habe um seinen Abschied nachgesucht. (Allem Anschein nach ist diese Korrespondenz in der Redaktion des Berliner Tagebl. selbst fabrizirt worden, wie so viele andere. Herr Oberstaatsanwalt Schwabe, einer der befähigtsten und schneidigsten sächsischen Juristen, welcher diese Eigenschaften in dem in Frage stehenden Sozialistenprozeß wiederum glänzend bewiesen, hat unseres Erachtens nicht die geringste Veranlassung zu jenem angedeuteten Schritte. D. Red.) — Das Landgericht Halle a. d. S. wies die Klage des preußischen Fiskus gegen den sozialistischen Reichstagsabgeordneten Hasenclever wegen Bezugs von Parteidiäten zurück, da die Gelder weder aus öffentlichen Mitteln noch zu unerlaubten Zwecken gezahlt und kein unerlaubter Gewinn erzielt worden sei. — Der Bundesrath beräth morgen den Erlaß gleichmäßiger polizeilichen Strafvorschriften zur Verhütung von Gefährdung militärischer Pulvertransporte. — Die Jubiläumsfestlichkeiten der hiesigen französischen Kolonie begannen heute mit der Enthüllung des Calvin-Denkmals vor dem französischen Hospiz auf der Friedrichsstraße, welcher 500 bis 600 Theilnehmer beiwohnten. — Die Mittel für die von den deutschen Freimaurerlogen beschlossene Errichtung eines Schwesternhauses als Asyl für hilfsbedürftige Frauen und Töchter verstorbener Brüder zum Andenken an die silberne Hochzeit des Kronprinzenpaares sind nunmehr durch Sammlungen aufgebracht. Rittergutsbesitzer Behrendt in Klein-Beeren hat das Grundstück dazu geschenkt. — Dieser Tage trat hier ein Komitee zusammen zur Begründung einer Kolonisationsgesellschaft für Südamerika. Das Grundkapital wurde auf 1 Million Mark normirt. — Der Westfälische Provinziallandtag lehnte den Antrag der Regierung auf Errichtung von Gewerbekammern ab. Das Centrum stimmte dagegen. — Der Reichstagsabgeordnete Graf Saurma-Jeltsch (Centrum), Senior der Familie, ist gestern gestorben.

Paris. Der Ministerrath beschloß, 18,000 Mann aus Tonking zurückzuziehen, und blos 12,000 Mann dort zu lassen, sich ferner in Tonking auf die Behauptung des Deltas, in Annam auf die Behauptung der Hauptstadt Hue einzuschränken und mit der allmäligen Eroberung des westlichen Tonkings und Annams erst vorzugehen, wenn die Eingeborenen-Armee mit den französischen Cadres so genügend organisirt sei, daß man ihr diese Aufgabe anvertrauen kann. General Begin, Gouverneur von Cochinchina, verlangt dringend 5000 Mann Verstärkung, da der Aufstand der Annamiten auf die Kolonie übergreift. — Von den 200 nicht wiedergewählten Republikanern, meist Gambettisten, bewerben sich zur Zeit gegen 150 um Staatssinecuren. Der Ministerrath zeigt geringe Neigung, diese zu befriedigen. Derselbe billigte den Beschluß der Theatercensur-Kommission im Ministerium der schönen Künste, welcher die Aufführung des dem Roman „Germinal" von Zola entlehnten Dramas verbietet. Die Maßregel wird damit begründet, daß in dem Stücke ein blutiger Kampf der Truppen gegen die in Streik begriffenen Bergleute dargestellt werden sollte.

Die **Berliner Börse** eröffnete reservirt. In leitenden Bankpapieren ging das Geschäft schleppend. Deutsche Bahnen waren trotz der Bemühungen der Kontremine wenig verändert, österreichische auf Wiener Notirungen niedriger. Franzosen und Elbethal angeboten. Auf dem Rentenmarkt bestand für ungarische Goldrente und 6er Russen Stückmangel. Bergwerke waren auf Grund ungünstiger westfälischer Eisenberichte erheblich nachgebend. Später befestigte sich die Tendenz auf einem spekulativen Gebieten. Italienische Mittelmeeraktien begegneten allen besonders regen Interesse. Im Kassaverkehr überwog bei stillem Geschäft eine schwache Tendenz. Eine Ausnahme machten Brauereien. Privatdiskont 2⅝ Proz. Privattelegramme melden die Ensicherung der chemischen Fabrik von Urban in Wehlheiden, sowie den Selbstmordversuch und die Zahlungseinstellung des deutschen Bankiers Brensel in Paris. Brensel war im Guanoprozeß zur Zahlung von 3 Mill. Francs verurtheilt worden.

Frankfurt a. M., 28. Oct. Credit 229⅛. Staatsbahn 234⅜. Lombarden 106⅞. Galizier 191⅜. Egypter 61⅞. 4proc. Ungar. Goldrente 79,81. Gotthardbahn —,—. Diskonto 191,60. Darmstädter —. Fest.

Wien, 28. October. Credit 283,[illegible] Staatsbahn 278,00. Lombarden 130,[illegible] Nordwestb. 166,00. Marknoten 61,[illegible] Ung. Credit 283,[illegible] — Still.

Paris, 28. October. Schluß. Rente 79,77. Anleihe 109,87. Italiener [illegible] Staatsbahn 566,25. Lombarden 271,25. do. Prioritäten —,—. Spanier [illegible] Oest. Goldrente —. Egypter 328,[illegible] Ottomanen [illegible] Schwach.

London, 28. October. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols [illegible] pr. Novbr. 1873er Russen [illegible] Italiener [illegible] Lombarden [illegible] Conv. Türken [illegible] 4proc. fund. Amerikaner 127 [illegible] 4proc. Ungar. Goldrente [illegible] Oesterr. Goldrente 87. Engl. Preuß. Consols [illegible] Egypter [illegible] neue [illegible] Ottomanbank [illegible] Suez-Actien [illegible] — Stimmung: Behauptet. Wetter: Schön.

Stettin, 28. October. Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen flau, loco 147—158, pr. October-November 154,00, pr. April-Mai 163,00. Roggen matt, loco 129,00—130,00, pr. October-November 129,00, pr. April-Mai 136,00. Rüböl flau, loco 44,50, pr. Octbr.-Novbr. 44,00, pr. April-Mai [illegible] Spiritus matt, loco 37,40, pr. October-November 37,30, pr. November-December 37,30, pr. April-Mai 39,30. Petroleum 8,30.

Breslau, 28. October. Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. October-November 37,10, pr. November-December 37,20, pr. April-Mai 38,50. Weizen pr. October —,—. Roggen pr. October-November [illegible] pr. November-December 130,50, pr. April-Mai 138,00. Rüböl loco pr. October-November 45,50, pr. Nov.-Decbr. —, pr. April-Mai 47,00. Zink [illegible] — Wetter: Schön.

London, 28. October. Schluß. Getreide ruhig, träge, angekommener Weizen ruhig, stetig, fremder Mais fest, knapp, amerikanischer Hafer eher fester. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Die Abreise Ihrer Majestäten des **Königs** und der **Königin** und Sr. kgl. Hoheit des **Prinzen Georg** nebst hoher Familie nach Schloß Sibyllenort ist nunmehr auf Dienstag festgesetzt worden.

— Auf Weesensteiner Revier fanden am Montag und Dienstag größere Jagden statt, zu welchen seitens Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Georg als Jagdherrn an eine Anzahl Kavaliere Einladungen ergangen waren. In der Nacht zum Dienstag übernachtete die Jagdgesellschaft im Schlosse Weesenstein, woselbst auch am genannten Tage das Jagddiner stattfand.

— Prinz **Friedrich August** einer Einladung zur Fasanenjagd des Grafen Hohenthal-Püchau folgend, traf gestern Vormittag 9 Uhr in Püchau ein. Auf der Haltestelle Machern vom Grafen Hohenthal ehrerbietigst begrüßt, benutzte Se. kgl. Hoheit die bereitstehende gräfliche Equipage und fuhr nach Püchau. Am Eingange zum prächtig geschmückten, an und für sich schon freundlichen Dorfe empfing der Ortspfarrer den hohen Besuch mit Ansprache, Schulkinder unter Leitung des Kantors mit Gesängen. Kriegervereine und Feuerwehr bildeten bis zum Schlosse Spalier und fast das ganze Dorf rief dem Prinzen ein herzliches „Willkommen" zu. Im Schlosse selbst erwartete und begrüßte den hohen Gast die Frau Gräfin Hohenthal-Püchau. Die Fasanenjagd findet im Schloßpark und angrenzenden Wildpark statt.

— Der Herr Staatsminister Dr. **von Gerber** hat sich am Dienstag nach Leipzig begeben.

— Der Landtag wird sich auch, wie es heißt, mit dem Dresdner **Ringstraßenprojekte** zu beschäftigen haben. Von einem hervorragenden Staatstechniker soll ein Gutachten ausgearbeitet sein, wornach für die künftige Ringstraße vom Moritzmonumente bis zum Güntzplatze eine gleichmäßige Breite erzielt wird.

— Zu den wichtigeren Eisenbahnprojekten, welche der bevorstehenden Landtagssession vorgelegt werden, gehört unstreitig dasjenige der Verbindung bez. Fortführung der **Leipziger Verbindungsbahn** nach **Plagwitz-Lindenau**. Die nöthigen Erhebungen hierüber sind beendet und haben dazu geführt, daß im Ganzen drei in ihrer Ausführung verschiedene Projekte bearbeitet worden sind. Das Eine allerdings ist schon jetzt vorauszusehen, daß nämlich die neue Verbindungsbahn hinsichtlich der nothwendigen Grundstückserwerbungen ziemlich hohe Ausgaben erfordern wird.

— Derjenige Abgeordnete, welcher demnächst sein 25jähriges Landtagsjubiläum feiert, ist der Reichs- und Landtagsabgeordnete **Günther-Saalhausen**.

— Bei der Enthüllung des Luther-Denkmals werden sich die Studirenden der **Kgl. Kunstakademie** zum ersten Male um ihr neues, prächtiges Banner schaaren, welches soeben nach einem Entwurfe des Herrn Architekt Drechsler von der Hofkunststickerei-Anstalt von Bessert und Nettelbeck fertig gestellt worden ist. Die Vorderseite des Banners zeigt ein werthvolles Oelgemälde, während die Rückseite ein Meisterwerk der Kunststickerei ist. Die eigentliche Weihe des Banners wird erst später erfolgen, da die kurze Zeit, welche zwischen der Fertigstellung desselben und der Einweihungsfeierlichkeit liegt, eine solche nicht gestattete.

— In der heutigen Sitzung werden also die **Stadtverordneten** darüber Beschluß fassen, ob die **Steuerreform**, das nunmehr ziemlich 16jährige Schmerzenskind Dresdens, endlich einmal stehen und gehen lernen soll oder nicht. In den Nummern vom 21. und 22. d. haben wir bereits eingehend das mitgetheilt, was die Reform zunächst bringen soll und verweisen, um Wiederholung hier zu vermeiden, auf diese Artikel. Wir können auch heute nur von Grund des Herzens sagen: „der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun einmal Thaten seh'n!" Die berichtenden Ausschüsse (Finanz- und Rechtsausschuß) empfehlen schlichtweg die Annahme ihres Druckberichtes und der in demselben enthaltenen 25 Anträge, die sich, wie schon früher gesagt, fast durchaus für die Annahme der Rathsvorlage aussprechen. In vielen Sitzungen haben die Ausschüsse eingehend und gewissenhaft die weitverzweigte Materie berathen; was für und gegen die Vorlage bez. ihre Theile spricht, ist erschöpfend erörtert worden, und obgleich wir — wie auch die berichtenden Ausschüsse selbst — der Ansicht sind, daß in diesen Steuerreform-Vorschlägen nach allen Seiten hin Zufriedenstellendes aus der Theorie heraus unmöglich geboten werden konnte, so halten wir es doch auch für eine Art Nothwendigkeit, endlich den **Versuch in der Praxis** zu machen. Entschieden Störendes kann ja dann erfahrungsgemäß geändert werden. Das ist aber nur möglich, wenn nicht wieder durch Zwischenanträge oder Redereien aus Prinzipienreiterei die Angelegenheit verschleppt wird. Man giebt sich — so viel wir hören — ziemlich allgemein der Erwartung hin, daß das Letztere nicht eintritt, und daß, wenn nicht ganz schlagend Wichtiges von irgend einer Seite zu bemerken wäre, das einfache „über die Sache reden" schon aus Respekt vor der mühevollen Arbeit der Ausschüsse möglichst unterlassen wird.

— Im nächsten Monat finden die **Stadtverordneten-Ergänzungswahlen** statt. Es sind höchstwahrscheinlich 26 Stadtverordnete zu wählen, da außer dem gesetzlich ausscheidenden Drittel des Kollegs mit 12 ansässigen und 12 unansässigen Bürgern, an Stelle des verstorbenen Rechtsanwalts Gerth-Kotzsch und desjenigen Stadtverordneten, welchen eine der nächsten Sitzungen an Stelle des verabschiedeten Stadtrath Dr. Wigard in das Rathskollegium befördern dürfte, noch zwei Bürger gewählt werden müssen. Wie bei dem Wachsen nicht nur der Zahl der Bürger, sondern auch des Interesses an den öffentlichen Angelegenheiten und namentlich an den städtischen Finanzen leicht erklärlich, vermochten

Trompeterschlösschen, Dresden-Altstadt, altdeutsches, bürgerliches Hotel und Restaurant. Stammhaus zum Kreuz. **G. Holzheimer**, ... Bahnhof ...